

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 2286) betreffend Schaffung von Rahmenbedingungen für innovativen und raschen Netzausbau im Sinne der Energiewende (Zahl 22 - 1671) (Beilage 2403).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Schaffung von Rahmenbedingungen für innovativen und raschen Netzausbau im Sinne der Energiewende, in ihrer 45. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 06.03.2024, beraten.

Landtagsabgeordneter Markus Ulram wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Markus Ulram den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Schaffung von Rahmenbedingungen für innovativen und raschen Netzausbau im Sinne der Energiewende, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 6. März 2024

Der Berichterstatter:  
Markus Ulram eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Mag. Christian Dax, BA LL.M. eh.

*Herrn  
Präsident des Burgenländischen Landtages  
Robert Hergovich  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 6. März 2024

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Södl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 1671, welcher abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom .... betreffend Netzausbau im Zuge der Energiewende**

Zum unter Zahl 22 – 1671 eingebrachten selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Schaffung von Rahmenbedingungen für innovativen und raschen Netzausbau im Sinne der Energiewende hält der Burgenländische Landtag fest:

Zu den im Antrag angeführten Themenbereichen der dynamischen Leistungsregelung beim Anschluss von Photovoltaikanlagen an das öffentliche Netz, der Integration von netzdienlichen Speicheranlagen sowie die Nutzung von bestehenden Spielräumen bei der Ausnahmegenehmigung für Forschungs- und Demonstrationsprojekten im größtmöglichen Umfang wurde bereits im Oktober 2023 seitens der Landesenergiereferent:innenkonferenz (LERK) ein einstimmig beschlossener Antrag an die zuständige Ministerin übermittelt.

Die ersten drei Punkte des nunmehr gegenständlichen, am 13.12.2023 unter Zahl 22 -1571 eingebrachten Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen stimmen inhaltlich mit dem LERK-Beschluss überein und wurden teilweise sogar wortident übernommen.

Das Ziel der österreichischen Bundesregierung, 100 Prozent der heimischen elektrischen Energie bis zum Jahr 2030 erneuerbar zu produzieren, wurde im Burgenland bereits 2013 erreicht. Gemäß Ökostrombericht Burgenland wurde im Jahr 2023 deutlich mehr erneuerbarer Strom erzeugt (100%) als der gesamte Eigenbedarf an Strom im Burgenland betrug. Um auch in Zukunft den erwartbaren erhöhten Strombedarf aufgrund der Substitution der fossilen Energieträger decken zu können und einen wesentlichen Beitrag zur Energieunabhängigkeit Österreichs und Europas zu leisten, wird das Burgenland den Ausbau erneuerbarer Erzeugungsanlagen weiter forcieren. Die Umsetzung der Klimastrategie Burgenland 2030 führt zu einem der größten Investitionsvorhaben der Netz Burgenland in seiner Geschichte, konkret sollen mehr als 750 Millionen Euro bis zum Jahr 2030 in den Netzausbau investiert werden.

Jede neue Anlage, ganz gleich ob eine kleine Privatanlage oder große Wind- oder Freiflächen-PV-Anlagen erhöhen das Volumen an elektrischer grüner Energie, das abtransportiert werden muss. Die Energiewende ist im großen Stil nur umsetzbar, wenn neben den Erzeugungsanlagen auch die Verteiler- und Übertragungsnetze für den Abtransport der erneuerbaren elektrischen Energie ausreichend dimensioniert sind. Auf regionaler Ebene wird daher intensiv am koordinierten Ausbau des Netzes korrespondierend zum steigenden Bedarf gearbeitet. Die Verlässlichkeit des regionalen Netzversorgers zeigt sich am Beispiel der in Betrieb genommenen PV-Anlagen mit einer Netzzugangsquote von über 99% im vergangenen Jahr. Dies trotz dem gem. Ökostrombericht massiven Anstieg (+66% von rund 14.500 PV-Anlagen

Ende 2022 auf rund 24.000 PV-Anlagen Ende 2023) an PV-Anlagen in den unterschiedlichen Größen, die im Jahr 2023 ans Netz gegangen sind und wodurch sich die installierte Leistung der PV-Anlagen im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt hat.

Letztendlich münden diese regionalen Netze im überregionalen Übertragungsnetz, von wo aus der burgenländische grüne Strom in andere Bundesländer und das benachbarte Ausland übertragen wird. Neben den Übertragungsnetzen an sich müssen auch die Übergabestationen, an denen die Mittelspannung auf die Höchstspannung übertragen wird, deutlich ausgebaut werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zu den im Oktober 2023 seitens der Landesenergiereferent:innenkonferenz (LERK) einstimmig beschlossenen und an die zuständige Ministerin übermittelten Forderungen betreffend möglicher nachhaltiger Maßnahmen zur Entlastung und Stabilisierung des Stromnetzes.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Umsetzung der Klimastrategie Burgenland 2030 konsequent weiterzuverfolgen
- sowie an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge
  - den Ausbau des überregionalen Übertragungsnetzes forcieren sowie
  - Verfahrensbeschleunigungen bei der Realisierung von Ausbauprojekten des Übertragungsnetzes umsetzen